

Zukunft der Arbeit – Zukunft der Kultur

Norbert Sievers

Anders leben in der arbeitslosen Gesellschaft?

Die »Zukunft der Arbeit« war in den 1980er Jahren in Westdeutschland ein großes gesellschaftliches Thema – auch in der Kulturpolitik. Die Langzeitarbeitslosigkeit versperrte jungen Menschen, nicht zuletzt auch Akademiker*innen, die nach der Bildungsreform in größerer Zahl einen Hochschulabschluss hatten und eine Anstellung suchten, den Weg in ihre Zukunft. Die technologische Entwicklung und die dadurch verursachten Rationalisierungseffekte begründeten die Sorge vor dauerhafter Sockel- und Massenarbeitslosigkeit in bisher nicht gekannter Größenordnung. Anknüpfend an die frühen Prophezeiungen von Hannah Arendt (1960) und Ralf Dahrendorf (1970), dass der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgehen werde, war diese Befürchtung Gegenstand vieler Debatten. Dabei ging es um Fragen der Arbeitslosigkeit, der Beschäftigung und der Arbeitszeitverkürzung, aber auch um Versuche der Neudefinition von Arbeit jenseits der fremdbestimmten Lohnarbeit als informelle Eigenarbeit in verschiedenen Kontexten, nicht zuletzt in der Kultur, vor allem in der Soziokultur.

Ein neues kulturelles Utopia mit weniger Erwerbsarbeit?

Auch die Kulturpolitische Gesellschaft war an den Diskussionen um die Zukunft der Arbeit intensiv beteiligt und hatte dazu bereits seit Mitte der 1980er Jahre mehrere Tagungen mit namhaften Referenten (Rudolf Burger, Freimut Duve, Josef Huber, Oskar Negt und vielen andere) veranstaltet, nicht zuletzt an programmatischen Orten wie dem vom Deutschen Gewerkschaftsbund mitgetragenen Recklinghäuser Festspielhaus und der Bildungsstätte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ahrensburg bei Hamburg. Dabei ging es nicht nur um Problemanalysen und Prognosen, sondern auch um die schillernde Kategorie der »Zukunft«. Welche Rolle könnte Kultur im Rahmen einer »Dualwirtschaft« (Josef Huber) spielen? War eine soziale Deklassierung der Lohnabhängigen zu befürchten oder eröffneten sich nicht vielleicht auch neue »Wege ins Paradies«, wie der französische Philosoph André Gorz es formulierte, der damals in linksintellektuellen Kreisen viel gelesen und zitiert wurde? (Gorz 1983) Gab es ein neues gesellschaftliches Subjekt »jen-

seits von Stand und Klasse« (Ulrich Beck), den »Nicht-Arbeiter« (André Gorz) oder gar ein »Recht auf Faulheit« (Paul Lafargue), das der Gesellschaft durch die Art, anders zu arbeiten und zu leben, neue Perspektiven geben könnte – eine Tätigkeitsgesellschaft, in der Arbeit anders bewertet und organisiert werden konnte und Freizeit als »Emanzipations- und Orientierungszeit« (Oskar Negt) wertgeschätzt würde? Konnte Kulturarbeit dabei behilflich sein, den Menschen die dafür notwendigen lebenspraktischen Grundqualifikationen zu vermitteln?

Man nahm damals an, dass die Massenarbeitslosigkeit zum gesellschaftlichen Dauerzustand werden würde, und sorgte sich darum, was die arbeitsbefreiten Menschen mit ihrer Zeit anfangen würden. Erwartet wurde in naher Zukunft eine Halbierung der Arbeitszeit. Gab es realistische Aussichten für eine »neue Tätigkeitsgesellschaft«, wie sie Hermann Glaser vorschwebte (Glaser 1988), oder musste befürchtet werden, dass es »sich bei diesen funktionslos gewordenen Individuen um eine riesige Masse von Menschen handeln (würde), die man durchzufüttern und mit vorfabriziertem ›Sinn‹ zu versorgen hätte, um sie bei der Stange zu halten«, wie es der österreichische Philosoph Rudolf Burger auf der Recklinghäuser Tagung formulierte? Im »panem et circenses« habe das ja sein antikes Vorbild und im Medienverbund seine moderne Realisierungschance«, argwöhnte er (Burger 1984: 48). Trotz dieser kritischen Bedenken, deren Berechtigung damals wie heute kaum zu bestreiten ist, nahm die Debatte eine andere Wendung. Zu verlockend war die Aussicht, dass die frei werdende Zeit in einem emanzipatorischen Sinn auch zu mehr Options- und Gestaltungsfreiheit führen konnte und Kultur, namentlich die Soziokultur, eine Vorreiterrolle auf dem Weg zur Tätigkeitsgesellschaft einnehmen könnte. Hier wurde bereits jene Eigenarbeit gesehen, die – wie im Übrigen im gesamten Feld der stark angewachsenen Selbsthilfebewegung – die Hoffnung begründete, soziale Dienstleistungen in Eigenregie zu übernehmen. Wurden nicht die kulturellen Kompetenzen wie »Kreativität, Kontaktfreudigkeit, soziale Einfühlsamkeit und Talent zur Selbstorganisation« (Hummel 1984: 7) hier bereits ausgebildet? Es gibt gute Gründe anzunehmen, dass die von Thomas Rübke viel später diagnostizierte »Wahlverwandtschaft« zwischen Engagementpolitik und Kulturpolitik in dieser Zeit und in diesen Erwartungen ihre Wurzeln hatte (vgl. Rübke 2015).¹

Jedenfalls wurde das Thema »Zukunft der Arbeit« in vielen kulturpolitischen Debatten aufgegriffen. Prominent verankert waren sie zum Beispiel in dem großen Städteprojekt »KULTUR 90«.² Sie nahmen darin unter den diagnostizierten gesellschaftlichen

1 Zur Ausgestaltung dieses Zusammenhangs forderte der Osnabrücker Kulturdezernent und Vizepräsident der Kulturpolitischen Gesellschaft Siegfried Hummel: »weil wir der Massenarbeitslosigkeit ratlos gegenüberstehen, müssen wir Künstler in Kindergärten, in Schulen, in Hochschulen, in der Erwachsenenbildung, in der Jugendarbeit, in der Sozialarbeit und in der Arbeit der Vereine, in Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen massenweise einsetzen.« (Hummel 1984: 10) In Ansätzen ist dies in den späteren Jahrzehnten realisiert worden.

2 »KULTUR 90« war ein dreijähriges Projekt von 31 nordrhein-westfälischen Städten, die sich 1985 darauf verabredet hatten, vor dem Hintergrund des Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen die gesellschaftlichen Anforderungen an die Kulturpolitik in den 1990er Jahren zu bestimmen. Initiiert und koordiniert wurde es vom Sekretariat für gemeinsame Kulturarbeit in NW und unterstützt durch das Land Nordrhein-Westfalen (vgl. Erny et al. 1988). KULTUR 90 war das erste große Projekt, in dem die vorausgegangenen Debatten um eine Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik, die auch

Herausforderungen sogar den ersten Platz ein³ (vgl. Erny et al. 1988: 325 und 331). Kennzeichnend für die damals bedeutende Rolle der Kommunen im kulturpolitischen Diskurs ist auch die Tatsache, dass der Kulturausschuss des Deutschen Städtetages das Thema »Zukunft der Arbeit« zu einem Schwerpunkt seiner Arbeit machen wollte. Der Motor war dafür der seinerzeit amtierende Ausschussvorsitzende und Nürnberger Kulturreferent Hermann Glaser. In der Perspektive einer neuen Tätigkeitsgesellschaft sah er ein »kulturelles Utopia«, in dem Freizeit weniger Konsumzeit als Denk- und Emanzipationszeit wäre, »in der die qualitative Begabung wächst, schöpferisch tätig zu sein, die Zeit kreativ (selbstbestimmt und sinnhaft) zu nutzen« (Glaser 1988: 170ff.). Aus der Retrospektive liest sich dies wie ein letztes Aufbäumen der »utopischen Phase« (Gerhard Schulze) der Neuen Kulturpolitik. Doch dies würde der Debatte und deren Folgen nicht gerecht, weil sie in vielerlei Hinsicht neues Bewusstsein für jene Herausforderungen geschaffen hat, die jenseits des »Regelsystems der Arbeit« (Oskar Negt) angesiedelt sind: die Haus-, Erziehungs- und Sorgearbeit, das freiwillige Engagement in Vereinen, Initiativen, Verbänden etc. (vgl. Sievers et al. 1988: 5). Der Bedeutungsgewinn der Humandienste und der Freiwilligenarbeit sowie des bürgerschaftlichen Engagements im Sozial-, Kultur-, Bildungs- und Umweltbereich ist nur ein Beispiel dafür.⁴

Die Frage, die es zu verhandeln gab, blieb nicht auf der diskursiven Ebene. Dafür waren die 1980er Jahre zu praxis- und umsetzungsorientiert. Es sollte sich auch etwas verändern. So wurde eine »Beschäftigungsinitiative Kultur« als Arbeitskreis der KuPoGe in Kooperation mit dem Institut für soziale und kulturelle Arbeit (ISKA) Nürnberg und dem Deutschen Städtetag ins Leben gerufen, der von 1988 bis 1992 tätig war. Grundlage war dafür eine Resolution der Mitgliederversammlung der KuPoGe am 2./3. Dezember 1988.⁵ Darin wird Bezug genommen auf den soziokulturellen Bereich und das für diesen Kultursektor kennzeichnende »neue Verständnis von Arbeit als nützlicher, sinnstiftender, eigentätiger und selbstbestimmter Lebensgestaltung« sowie eine öffentliche »Beschäftigungs- und Qualifikationsoffensive Kultur« des Bundes, der Länder und der Gemeinden gefordert. Angedacht wurde darin ein großes Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm, zu dem der Deutsche Städtetag gemeinsam mit der Kulturpolitischen Gesellschaft die Initiative ergreifen wollte.⁶ Der Kulturausschuss des Deutschen Städtetages bezog sich dabei expressis verbis auf die Resolution der Kulturpolitischen Gesellschaft, als er im Juni 1989 »grundsätzliches Einvernehmen darüber erzielte, einen eigenständigen Vorstoß für ein Programm »Arbeit und Kultur« zu unternehmen« und

die KuPoGe vertrat und vertritt, aus kommunaler Perspektive systematisch aufgearbeitet wurden. Ein vergleichbares Projekt hat es seitdem nicht mehr gegeben. Zum KULTUR-90-Team gehörte unter anderem der spätere KuPoGe-Präsident Oliver Scheytt.

- 3 Den Auftaktaufsatz zum Thema »Arbeit und arbeitsfreie Zeit« steuerten damals Norbert Sievers, Franz Kröger und Klaus Kussauer (1988) bei.
- 4 Siehe den Beitrag von Thomas Rübke in diesem Buch.
- 5 Siehe Resolution der 7. Ordentlichen Mitgliederversammlung am 3. Dezember 1988 in Hagen »Beschäftigungs- und Qualifizierungsoffensive Kultur«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 43, IV/1988, S. 8.
- 6 Im Kulturausschuss des Deutschen Städtetages wurde diese Initiative unter dem Titel »Diskurs Kultur. Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft und der Kulturpolitik« diskutiert (vgl. Deutscher Städtetag 1991).

eine »Bundesstrukturhilfe Kultur« ins Gespräch zu bringen (vgl. Deutscher Städtetag 1991). Die konkreten Erwartungen, die formuliert wurden, waren anspruchsvoll. So sollten »dauerhafte, beschäftigungsorientierte Fördermodelle der öffentlichen Hand für den Kulturbereich« aufgelegt, »kulturelle Arbeitsförderungsprogramme der Bundesanstalt für Arbeit« geschaffen, »kulturelle Maßnahmen in die »Arbeit statt Sozialhilfe«-Programme integriert und eine »Verknüpfung von kulturellen Aus- und Fortbildungsangeboten mit Beschäftigungsprogrammen in der Kulturarbeit« hergestellt werden (ebd.). Das geforderte Beschäftigungsprogramm »Arbeit und Kultur« sollte auf mindestens fünf Jahre ausgelegt sein. Ferner wurde die Einrichtung eines »Strukturfonds« durch den Bund vorgeschlagen, um bestimmte Projekte langfristig bezuschussen zu können.

Die Kulturpolitische Gesellschaft als Motor der Initiativen

Wie kaum ein zweites Mal wurden die Netzwerkqualitäten des Verbandes genutzt. So wurden beispielhafte Referenzprojekte in Bremen, Nürnberg, Erlangen, Berlin und vor allem im Saarland – in der Regel von KuPoGe-Mitgliedern initiiert – einbezogen und kommuniziert. Auch bundeskulturpolitisch konnten Akzente gesetzt werden. Es gab Gespräche mit dem Bundesinnenministerium, das der Idee eines Beschäftigungsprogramms nicht abgeneigt war. Das Thema konnte im Jahr 1989 in die Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion »Soziokultur/Kulturelle Bildung« eingebracht werden (vgl. Deutscher Bundestag 1990). Auch in der Wiepersdorfer Erklärung »Strukturhilfe Soziokultur« (vgl. Wiepersdorfer Erklärung 1992; Sievers 1992a) und schließlich im »Qualifikationsverbund Soziokultur« wurde das Thema mit KuPoGe-Unterstützung platziert (vgl. Sievers 1989). Schließlich gab es sogar noch eine Studie zum Thema »Ökonomische Entwicklung und Soziokultur. Argumente für eine unkonventionelle Beschäftigungsinitiative« vom Qualifikationsverbund Soziokultur e.V., die von der Kulturpolitischen Gesellschaft in Auftrag gegeben und veröffentlicht wurde (vgl. Bust-Bartels 1993 und Sievers 1992), in der die arbeitsmarktpolitischen Argumente, die Anwendungsfelder und ein Reformvorschlag ausformuliert und vorgetragen wurden.⁷ Bei allen diesen Initiativen war die inhaltliche und politische Stoßrichtung klar: Es ging darum, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, die Förderung soziokultureller Praxis dauerhafter auf materiell gesicherter Basis zu ermöglichen und den erzwungenen Diskontinuitäten und restriktiven Handhabungen der ABM-Förderung eine überzeugende strukturelle Alternative entgegenzusetzen.

Eigentlich hätte es danach losgehen können. Aber die deutsche Vereinigung setzte ab 1990 andere Themen auf die politische Agenda, und so geriet die Initiative im Westen vorerst in Vergessenheit. Der wachstumskritische Diskurs, der die kulturpolitischen Debatten in Westdeutschland in den 1980er Jahren beherrscht hatte, geriet ins Stocken

7 Die Studie wurde vom Qualifikationsverbund Soziokultur e.V. in Auftrag gegeben, der von der KuPoGe mitgegründet worden war. Dieser hatte die Mittel dafür vom Fonds Soziokultur e.V. erhalten. In der Studie wurden 15.000 dauerhaft bezahlte Arbeitsplätze für Kulturarbeit im Wege beschäftigungspolitischer Maßnahmen gefordert, die sich über verschiedene Effekte selbst finanzieren sollten (vgl. Bust-Bartels 1993: 96).

und wurde ersetzt durch einen modernisierungspolitischen Diskurs, in dem sich bereits neoliberale Absichten durchzusetzen begannen und die Wirtschaft als Kulturfaktor mehr Bedeutung gewann (siehe Einführung zu Kapitel II sowie Wagner 2003: 193ff.).⁸ So war dem Diskurs zur Zukunft der Arbeit und der Kultur zunächst nur eine kurze Blüte beschert. Er hatte mit der Abkehr vom Mythos der Lohnarbeit als Signum der Industriemoderne durchaus spätmoderne Züge, wurde aber schnell realpolitisch eingefangen, wodurch der »utopischen Phase« (Gerhard Schulze) der Neuen Kulturpolitik ein Ende gesetzt wurde. Allerdings wurde das Thema damit nicht ad acta gelegt. Bereits in den »Bausteinen für eine kommunikativ und ökologisch orientierte Kulturpolitik« (Krings et al. 1990), die auch als Vorgriff auf die neue Grundsatzerklärung der KuPoGe im Jahr 1998 angesehen werden kann, fand es einen Widerhall, indem darin eine »Neubewertung von Arbeit und Freizeit« gefordert wurde und dabei auch auf die postmoderne neue Zeit und die damit verbundenen Veränderungen der Arbeitswelt verwiesen wurde.⁹ Das Thema wurde dann 1998 unter dem Titel »Von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft« im neuen Grundsatzprogramm der KuPoGe verankert.¹⁰ Neu akzentuiert wurde darin, dass die Auflösung der »Normalarbeitsverhältnisse« nicht nur Autonomiespielräume vergrößert, sondern auch die Gefahr der sozialen Spaltung birgt. Verbunden war damit die Sorge, die heute evident geworden ist, dass die diskutierten Veränderungen insoweit eine soziale Struktur haben, als nicht alle Arbeitnehmer*innen in gleicher Weise davon profitieren, sondern eher akademisch geprägte urbane Milieus.

Prekäre Freiheiten?

Diese Befürchtung war im KuPoGe-Diskurs immer präsent. Bezugnehmend auf einen Beitrag von Peter Alheit als einen der prominentesten Theoretiker der Soziokultur der damaligen Zeit wurde etwa Ende der 1980er Jahre kritisch vermerkt, die Soziokultur werde als »sozialpolitisches Experimentierfeld« (vgl. Alheit 1985: 129ff.) missbraucht, als Auffangbecken und Tätigkeitsfeld für die »humanistische Intelligenz« in einem marginalisierten gesellschaftlichen Bereich mit dem Ziel einer »Kulturgesellschaft auf ABM- und Sozialhilfeniveau mit beschäftigungstherapeutischer Wirksamkeit«. Im Kulturbereich werde vorexerziert, was in anderen Arbeitsbereichen folgen könnte: »Die langsame Gewöhnung an kurzfristige Arbeitsverträge und damit verbunden an den Normalfall wiederkehrender Arbeitslosigkeit, die Zumutungen erhöhter Mobilität und die Flexibilität innerhalb von Jahresfristen, die Akzeptanz als Arbeitnehmer zweiter Klasse usw.«

8 Dennoch wurde das Thema auch in den 1990er Jahren weiterverfolgt. Dies zeigt unter anderem eine Initiative nordrhein-westfälischer Kulturdezernenten, vor allem aus dem Ruhrgebiet (die sogenannten »Trotzköpfe«), die ein Memorandum zum Thema »Kultur schafft Arbeit – Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiative Kultur« veröffentlicht hatten, das auch im Kulturausschuss des Deutschen Städtetages diskutiert wurde. Zu dieser Trotzkopfrunde gehörten sieben Kulturdezernenten der großen Ruhrgebietsstädte, allesamt KuPoGe-Mitglieder, darunter auch der spätere KuPoGe-Präsident (seit 1997) Oliver Scheytt und KuPoGe-Vorstandsmitglied Kurt Eichler (vgl. Kultur schafft Arbeit 1998).

9 Zur Bedeutung der »Bausteine« vgl. auch den Beitrag von Norbert Sievers in Kapitel V.

10 Siehe KuPoGe-Mitgliederrundbrief Nr. 20 (III/1998).

(Sievers et al. 1988: 8) Der schon zitierte Rudolf Burger wurde noch grundsätzlicher und in seiner Kritik beißender. Für ihn war in »dem Verlust der Lohnarbeit ein Verlust aller gesellschaftlicher Funktionen verbunden«, eine »Zerstörung der Gesellschaftlichkeit selber« (Burger 1984: 48f.). Nicht, dass der »Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht«, wie Hannah Arendt es prognostiziert habe, sei daher das Problem, »sondern daß das kapitalistische Organisationsprinzip über den Arbeitskräftemarkt zerfällt, ohne daß in ihrem Schoße eine höhere Form der Vergesellschaftung herangereift wäre« (ebd.: 46).

Dieser Einwand ist sicherlich nicht von der Hand zu weisen. So führt etwa die Entleerung der Büros durch eine überzogene Home-Office-Praxis zwar einerseits zu mehr persönlichen Freiheiten, weil es eher gelingt, die viel geforderte Work-Life-Balance herzustellen, andererseits begründet sie auch die Gefahr, dass die Betriebe als soziale Organisationen zerfallen, da sie für viele Beschäftigte eine Quelle ihrer Identität und ihres Sinnhaushalts waren und sind. Die Kulturpolitische Gesellschaft hat diese Ambivalenz früh erkannt und nicht aus den Augen verloren. Hautsächlich verfolgte sie aber die neuen Chancen für die Kultur, die sich aus der Zukunft der Arbeit ergeben würden. Ende der 1990er Jahre, als die Diskussionen zur »schönen« neuen Arbeitswelt und zu Modellen, sinnstiftende Arbeit jenseits der Lohnarbeit zu organisieren (z.B. »Bürgergeld«, Ulrich Beck) und das Leben der Menschen ohne Erwerbsarbeit durch ein garantiertes Grundeinkommen diskriminierungsfrei zu sichern, bereits Fahrt aufgenommen hatten, wurden sie in einem Projekt zum Thema »Kultur und Arbeit. Kulturelle Bildung als Gestaltungspotenzial in einer sich wandelnden Arbeitsgesellschaft« (1999 – 2002) gemeinsam mit dem Institut für Bildung und Kultur in Remscheid untersucht. Es ging darum, das Potenzial der Kunst und der kulturellen Bildung mit Blick auf dieses Thema auszuloten.

Die Ergebnisse des Projektes (Institut für Kulturpolitik/Institut für Bildung und Kultur 2003) haben die kulturpolitische Debatte in Deutschland zwar nicht bewegt, jahrzehnteübergreifend waren sie aber ein wichtiger Link zwischen den frühen Diskussionen in den 1980er Jahren und der Jetztzeit. Denn es scheint, als würde sich gerade heute das Blatt wieder wenden und die »realutopische Alternative«, von der Hermann Glaser damals sprach, erneut an Aufmerksamkeit gewinnen. Infolge der Corona-Pandemie zu Beginn der 2020er Jahre, des allgegenwärtigen Klimawandels und der sich beschleunigenden Digitalisierung wird augenscheinlich, wie prekär die bisherigen Erwerbs- und Beschäftigungsstrukturen in der Soziokultur, der freien Kunstausübung und der Kreativwirtschaft sind, und die gesellschaftlichen Veränderungen machen immer offensichtlicher, wie groß der Bedarf für den Ausbau der »Humandienste« (vor allem im Sozial-, Ökologie-, Kultur- und Bildungsbereich) ist. Hinzu kommt, dass die »Singularisierung der Arbeitswelt« und die damit einhergehende Flexibilisierung des Arbeitslebens im Kontext des »übergreifenden Strukturwandels« (Reckwitz 2017: 182) durch neue digitale Optionen weiter vorangeschritten ist und sich durch die künstliche Intelligenz in bisher nicht bekannter Weise noch weiter verändern wird.

Vor diesem Hintergrund ist die oben zitierte Sorge von Rudolf Burger auch heute nur zu berechtigt. Zumindest wäre es jedoch voreilig, allzu schnell in den Chor derjenigen einzustimmen, die in der neuen Arbeitswelt allein mehr Freiheit erkennen und ein Arkadien einer kulturellen Tätigkeitsgesellschaft aufscheinen sehen. So sollte realisiert werden, dass dieses Paradies nicht allen Menschen vorbehalten wäre, weil nach wie vor entfremdete Arbeit zu leisten und nicht in allen Berufen Home-Office möglich ist. Es

hat vielmehr den Anschein, als würden die von Andreas Reckwitz diagnostizierte »Gesellschaft der Singularitäten« und die darin angelegte »Polarisierung der Arbeitswelt« (ebd.: 183) eine neue »kulturelle Klassenspaltung« zwischen den akademischen kreativen Berufen in der neuen Mittelschicht und den industriegesellschaftlichen Berufen der alten Mittelschicht und der Unterschicht entstehen lassen und populistischen Parteien noch mehr Zulauf verschaffen (vgl. ebd.: 277ff.). So ist gegenüber allzu blauäugigen Erwartungen, dass Freizeit zur »Emanzipations- und Orientierungszeit« (Oskar Negt) und eine »Ethik der freien Selbstverantwortung« (André Gorz) gesellschaftlich mehrheitsfähig werden könnte, Skepsis angebracht. Und doch bleibt es die Aufgabe der Kulturpolitik, jene kulturellen Nischen zu erschließen, zu schützen und zu fördern, in denen genau dies gelingt, wohl wissend, dass es nur Nischen sind. Deshalb wird das Thema wohl auch in Zukunft auf der programmatischen Agenda der Kulturpolitischen Gesellschaft zu finden sein.

Literatur

- Alheit, Peter (1985): »Kommunale Kulturpolitik und stadtteilnahe Initiativen: ›Wertewandel‹ sozialer Intervention oder Symptom eines neuen Klassenkonflikts?«, in: Thomas Olk; Hans-Uwe Otto (Hg.): *Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit 4. Lokale Sozialpolitik und Selbsthilfe*, Neuwied und Darmstadt: Luchterhand, S. 117–145
- Burger, Rudolf (1984): »Arbeit ist (nicht) genug«, in: Kulturpolitische Gesellschaft (Hg.) (1984): *Zukunft der Arbeit – Zukunft der Freizeit und Kultur*, Hagen (Dokumentation 20), S. 36–52
- Bust-Bartels, Axel (1993): *Ökonomische Entwicklung und (Sozio-)Kultur. Argumente für eine unkonventionelle Beschäftigungsinitiative*, Hagen: Kulturpolitische Gesellschaft e.V. (Dokumentation 44)
- Deutscher Bundestag (1990): *Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage von Abgeordneten der SPD-Fraktion zur Soziokultur vom 25.04.1990*. Bundestagsdrucksache 11/6971 vom 25.04.1990
- Deutscher Städtetag (1991): *Diskurs Kultur. Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft und der Kulturpolitik*, Köln: Deutscher Städtetag (DST Beiträge zur kulturpolitischen Bildung, Reihe C, Heft 18)
- Erny, Richard; Wilhelm Godde; Karl Richter (Hg.) (1988): *Handbuch Kultur 90. Modelle und Handlungsbedarf für die kommunale Kulturarbeit*, Köln: Deutscher Gemeindeverlag
- Glaser, Hermann (1988): *Das Verschwinden der Arbeit. Die Chancen der neuen Tätigkeitsgesellschaft*, Düsseldorf/Wien/New York: ECON
- Gorz, André (1983): *Wege ins Paradies. Thesen zur Krise, Automation und Zukunft der Arbeit*, Berlin: Rotbuch
- Hummel, Siegfried (1984): »Zukunft der Arbeit – Zukunft der Kultur«, in: Kulturpolitische Gesellschaft (Hg.) (1984): *Zukunft der Arbeit – Zukunft der Freizeit und Kultur*, Hagen (Dokumentation 20), S. 2–17
- Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (IfK)/Institut für Bildung und Kultur (IBK) (Hg.) (2003): *Kultur.Kunst.Arbeit – Perspektiven eines Transfers*, Bonn: Kulturpolitische Gesellschaft/Essen: Klartext Verlag (Dokumentation 60)

- Krings, Eva; Andreas Roters; Norbert Sievers; Hans-Jörg Siewert (1990): »Bausteine für eine kommunikativ und ökologisch orientierte Kulturpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 51, IV/1990, S. 16–20
- Kultur schafft Arbeit. Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiative Kultur* (1998), Essen: ohne Verlag
- Negt, Oskar (1989): »Freizeit als Emanzipations- und Orientierungszeit«, in: Oskar Negt, *Die Herausforderung der Gewerkschaften, Plädoyers für die Erweiterung ihres politischen und kulturellen Mandats*, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 134–146
- Reckwitz, Andreas (2017): *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*, Berlin: Suhrkamp
- Röbke, Thomas (2015): »Engagementpolitik und Kulturpolitik – eine Wahlverwandtschaft«, in: *Jahrbuch für Kulturpolitik 2014*, Thema: Neue Kulturförderung, Bonn/ Essen: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft/Klartext Verlag, S. 69–86
- Sievers, Norbert (1992): »Beschäftigungsinitiative (Sozio-)Kultur. Expertise fordert 15.000 Arbeitsplätze für die Kulturarbeit«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 56, I/1992, S. 9
- Sievers, Norbert (1992a): »Wiepersdorfer Erklärung »Strukturhilfe Soziokultur««, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 56, I/1992, S. 10
- Sievers, Norbert (1989): »Qualifikationsverbund Soziokultur«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 47, IV/1989, S. 57
- Sievers, Norbert; Franz Kröger; Klaus Kussauer (1988): »Arbeit und arbeitsfreie Zeit«, in: Erny et al. (Hg.) (1988), S. 3–10
- Wagner, Bernd (2003): »Die Zukunft der Arbeit liegt in der Kultur«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (IfK)/Institut für Bildung und Kultur (IBK) (Hg.) (2003), S. 187–206
- Wiepersdorfer Erklärung (1992): »Forderungen und Empfehlungen für eine Strukturhilfe Soziokultur in den alten und neuen Bundesländern«, in: *Kulturstrecke* Nr. 4–5/1992, S. 48–53